

Das Statistische Bundesamt, die Presse und „unerwartete größere Anschaffungen“

2. JUN 2014 | PATRICK SCHREINER

g vergangener Woche hat das Statistische Bundesamt eine Pressemitteilung veröffentlicht, derzufolge sich „ein Drittel der Bevölkerung“ hierzulande „unerwartete größere Anschaffungen nicht leisten“ könne. In der gleichen PM wurde dieser hohe Wert relativiert, indem man darauf verwies, der entsprechende Wert läge in der EU mit über 40 Prozent noch „wesentlich höher als in Deutschland“. Viele Medien griffen die PM auf, und die meisten davon übernahmen unhinterfragt diese Interpretation. Also alles harmlos? Eine genauere Betrachtung der Zahlen legt eine andere Interpretation nahe: Nicht in Deutschland ist alles gut, sondern in Europa haben Armut und Elend massiv zugenommen.

Die wesentlichen Aussagen der Pressemitteilung , bezogen auf den eben genannten Sachverhalt, lauten:

33,4 Prozent der Deutschen lebten 2012 in Haushalten, die nach eigener Einschätzung nicht in der Lage waren, unerwartet anfallende Ausgaben mit eigenem Geld zu bestreiten.

Im EU-Durchschnitt lag dieser Wert bei 40,2 Prozent.

Damit sei der EU-Wert „wesentlich höher“ als der für Deutschland.

Diese Zahlen haben beispielsweise die Neue Osnabrücker Zeitung , die Münchner Abendzeitung , die Welt , der Berliner Tagesspiegel , die Frankfurter Allgemeine , die Sächsische Zeitung und viele andere aufgegriffen. Viele taten dies mit beschwichtigender Tendenz: Sie bezeichneten die Situation in Deutschland gar noch als "gut" gegenüber der Situation im europäischen Durchschnitt. Den Vogel schoss wieder einmal die Bild ab: "Von wegen Wohlstandsland Deutschland".

Alte und neue EU-Mitgliedstaaten

Seltsam mutet zunächst an, dass das Statistische Bundesamt (und die Medien in ihrem Gefolge) völlig undifferenziert einen (nach Bevölkerungsgröße gewichteten) Durchschnitt für alle EU-Staaten wiedergeben. Damit wird Deutschland verglichen auch mit Ländern, die wirtschaftlich deutlich schwächer sind. Kein Wunder, dass es auf diese Weise besser dasteht.

Zieht man für den Vergleich hingegen nur Länder heran, die aufgrund ihrer Wirtschaftskraft tatsächlich vergleichbar sind, so kommt man – wenig überraschend – zu anderen Ergebnissen:

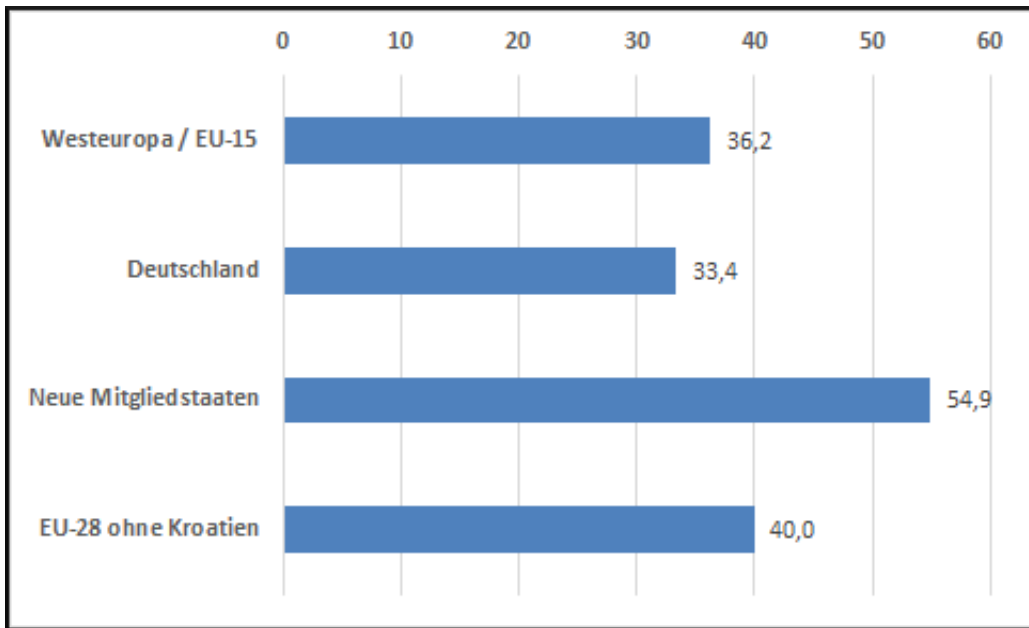


Schaubild 1: Anteil der Menschen in Haushalten, die nach eigener Einschätzung nicht in der Lage waren, unerwartet anfallende Ausgaben mit eigenem Geld zu bestreiten; Deutschland und Ländergruppen, 2012. Quelle: Eurostat, eigene Berechnung und Darstellung.

Vergleicht man, wie in Schaubild 1, den Wert Deutschlands mit dem Durchschnittswert der Staaten der ehemaligen EU-15, im Wesentlichen also mit westeuropäischen Ländern, so schrumpft die Differenz auf 2,8 Prozentpunkte zusammen. Der Grund: Der hohe EU-Gesamtwert von 40,2 Prozent (bzw. ohne Kroatien 40,0 Prozent) ist in weiten Teilen auf den Einbezug Osteuropas in die Rechnung des Statistischen Bundesamts zurückzuführen. Verglichen mit Ländern, die Deutschland wirklich vergleichbar sind, steht Deutschland also gar nicht so sehr viel besser da.

Austeritätspolitik

Hinzu kommt allerdings noch ein weiterer Punkt: PM und Medien thematisieren nicht, weshalb Deutschland 2012 überhaupt besser dasteht (besser dastehen kann) als andere europäische Länder. Das nachfolgende Schaubild 2 zeigt die eben aufgeführten Werte für das Jahr 2008, also das letzte Jahr vor der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise:

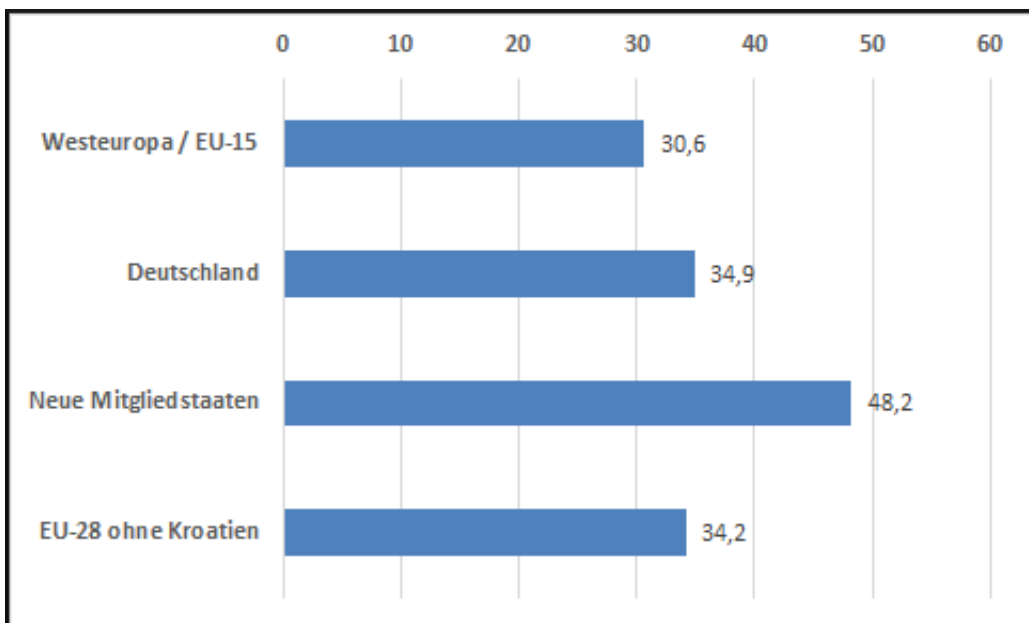


Schaubild 2: Anteil der Menschen in Haushalten, die nach eigener Einschätzung nicht in der Lage waren, unerwartet anfallende Ausgaben mit eigenem Geld zu bestreiten; Deutschland und Ländergruppen, 2008. Quelle: Eurostat, eigene Berechnung und Darstellung.

2008 war der Anteil der Menschen in Haushalten Deutschlands, die nach eigener Einschätzung nicht in der Lage waren, unerwartet anfallende Ausgaben mit eigenem Geld zu bestreiten, höher als 2012 (34,9 Prozent gegenüber den schon genannten 33,4 Prozent). Hat sich die Situation in Deutschland also gebessert? Offensichtlich nur minimal, nämlich 1,5 Prozentpunkte.

Auffällig ist überdies, dass der Wert für Deutschland 2008 deutlich höher war als in westeuropäischen Staaten, nämlich 4,3 Prozentpunkte, und auch leicht höher als der EU-Wert insgesamt (erneut ohne Kroatien, für das keine 2008er-Werte vorliegen). Das zeigt: Nicht die Situation in Deutschland hat sich wesentlich gebessert, sondern die Situation in anderen EU-Ländern ist deutlich schlechter geworden.

Noch 2008 lag der deutsche Wert, verglichen mit anderen westeuropäischen Ländern, beinahe an der traurigen Spitze. Lediglich in Irland lebten mehr Menschen in Haushalten, die nach eigener Einschätzung nicht in der Lage waren, unerwartet anfallende Ausgaben mit eigenem Geld zu bestreiten:

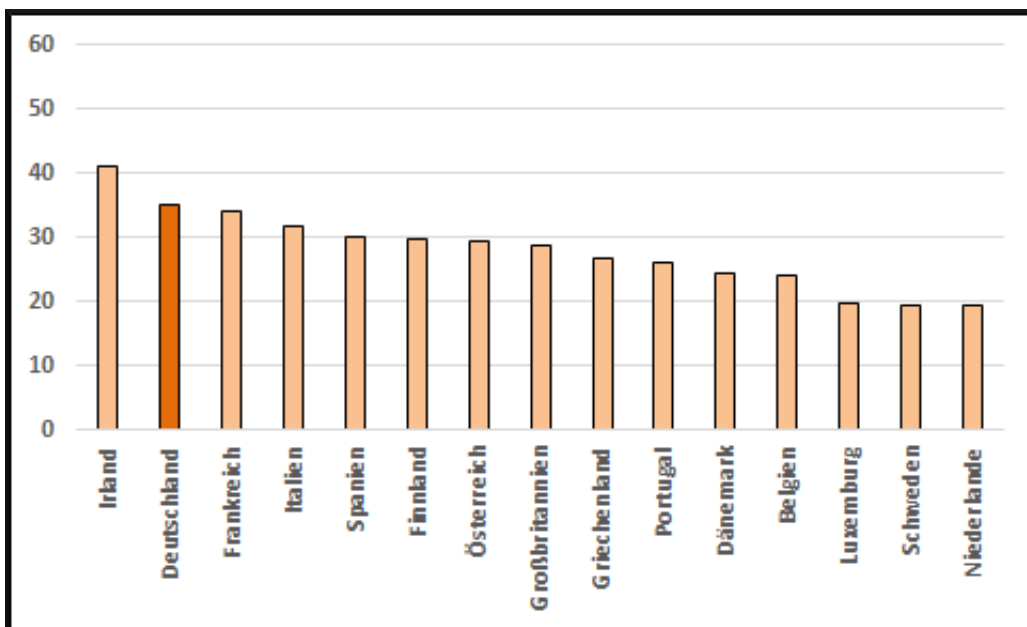


Schaubild 3: Anteil der Menschen in Haushalten, die nach eigener Einschätzung nicht in der Lage waren, unerwartet anfallende Ausgaben mit eigenem Geld zu bestreiten; westeuropäische Länder, 2008. Quelle: Eurostat, eigene Berechnung und Darstellung.

2012 aber war Deutschland ins Mittelfeld gerückt. Der Grund: In einer ganzen Reihe an Ländern sind die Werte deutlich gestiegen, so dass diese Länder an Deutschland „vorbegezogen“ sind:

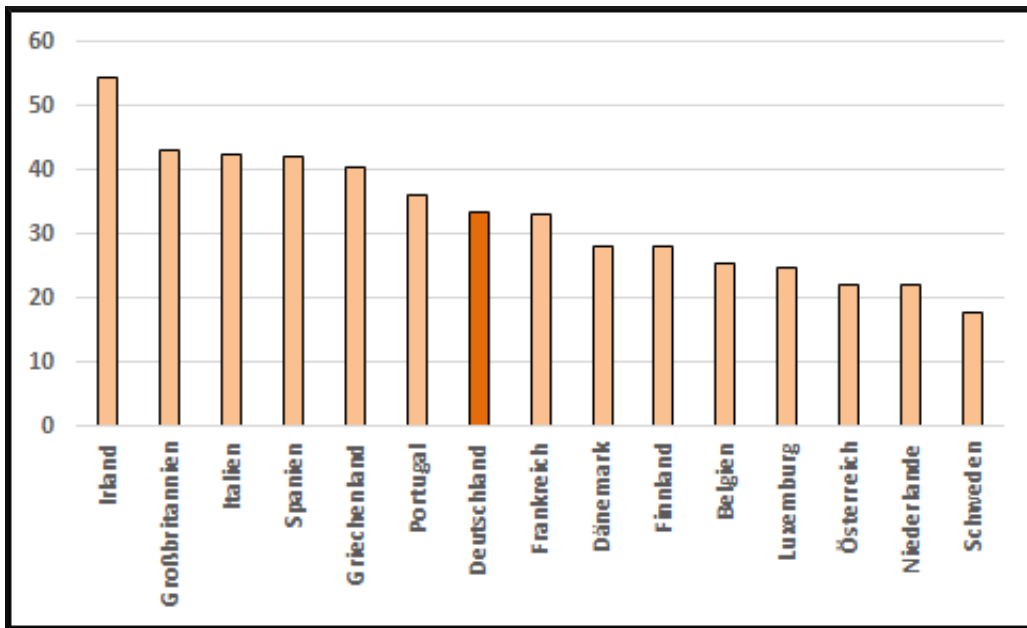


Schaubild 4: Anteil der Menschen in Haushalten, die nach eigener Einschätzung nicht in der Lage waren, unerwartet anfallende Ausgaben mit eigenem Geld zu bestreiten; westeuropäische Länder, 2012. Quelle: Eurostat, eigene Berechnung und Darstellung.

Die Länder, in denen der Anteil armer Menschen stark angestiegen ist und gegenüber denen sich Deutschland deshalb relativ verbessern konnte, sind insbesondere Großbritannien, Italien, Spanien, Griechenland und Portugal – also jene Länder, in denen die derzeitige Austeritäts- und Kürzungspolitik in den letzten Jahren am stärksten zugeschlagen hat. In Großbritannien geschah dies auf Betreiben einer konservativ-liberalen Regierung. In den anderen genannten Ländern waren die EU-Kommission, teilweise die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds wesentliche treibende Kräfte, massiv unterstützt allerdings von der alten wie auch der neuen deutschen Bundesregierung unter Angela Merkel (CDU).

Fazit

Zu behaupten, Deutschland stünde besser da als der europäische Durchschnitt, es gar als "gut" zu bezeichnen, ist vor diesem Hintergrund zynisch. Die Pressemeldung des Statistischen Bundesamts, vor allem aber die nachfolgende Medienberichterstattung erwecken den Eindruck einer vergleichsweise guten Situierung hierzulande, indem sie gesamteuropäische Zahlen als Vergleichsmaßstab nehmen – und hierdurch Deutschland auch mit sehr viel ärmeren Ländern wie Bulgarien oder Rumänien vergleichen. Sie blenden zugleich aus, dass Deutschland heute nur deshalb gegenüber dem Rest Europas und Westeuropas relativ "gut" dasteht, weil Armut und Elend in Großbritannien und Südeuropa aufgrund einer massiven Austeritäts- und Kürzungspolitik geradezu explodiert sind. Nicht Deutschland ist „besser“ geworden, sondern der Rest Europas sehr viel ärmer.

Methodische Anmerkung

Die genannten Zahlen wurden im Rahmen einer europaweiten Erhebung von Daten zur Lebens- und Arbeitssituation der Menschen („EU-SILC“) durch Befragungen ermittelt. Das ist aus methodischen Gründen nicht unproblematisch. So spielen bei Befragungen subjektive Einflussfaktoren eine wesentliche Rolle, zudem gibt es zwischen den verschiedenen Sprachen Übersetzungsschwierigkeiten: Schon geringste Nuancen in der Fragestellung können zu unterschiedlichen Antworten führen. Dies sei abschließend und der Vollständigkeit halber erwähnt.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/das-statistische-bundesamt-die-presse-und-unerwartete-groessere-anschaffungen-1390.html>

PDF erstellt am: 17.01.2022